

AMTSBLATT

DER REGIERUNG VON UNTERFRANKEN

Herausgegeben von der Regierung von Unterfranken in Würzburg

62. Jahrgang

Würzburg, 26. Oktober 2017

Nr. 20

Inhaltsübersicht:

Amtlicher Teil

Bekanntmachung der Regierung von Unterfranken vom 18.10.2017 Nr. 10-2161-30-6 über die allgemeine Erlaubnis für öffentliche Lotterien und Ausspielungen 165

Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr

Bek vom 16.10.2017 Nr. 24-8321.3-1-5 über die Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbandes Main-Rhön (3) am 08.11.2017 172

Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechungen 172

Amtlicher Teil

Bekanntmachung der Regierung von Unterfranken vom 18.10.2017, 10-2161-30-6, über die allgemeine Erlaubnis für öffentliche Lotterien und Ausspielungen

Auf Grund des Art. 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Abs. 3 Satz 2 und des Art. 3 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (AGGlüStV) vom 20. Dezember 2007 (GVBl. S. 922, BayRS 2187-3-I), das zuletzt durch § 1 Nr. 205 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) geändert worden ist, erteilt die Regierung von Unterfranken folgende allgemeine Erlaubnis:

I. Allgemeine Erlaubnis

Die Veranstaltung folgender Lotterien (Verlosung von Geldgewinnen) und Ausspielungen (Verlosung von Warengewinnen) im Regierungsbezirk Unterfranken wird allgemein erlaubt:

1. Veranstalter mit Sitz in Bayern, soweit sie nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 Körperschaftssteuergesetz (KStG) von der Körperschaftsteuer befreit sind
 - Arbeiterwohlfahrt Landesverband Bayern e. V. einschließlich seiner Untergliederungen
 - Deutscher Caritasverband, Landesverband Bayern e. V. einschließlich seiner Untergliederungen und angeschlossenen Fachverbände mit Untergliederungen (z. B. Malteser Hilfsdienst e. V.)
 - Diakonisches Werk Bayern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern – Landesverband der Inneren Mission e. V. – einschließlich seiner Untergliederungen und angeschlossenen Fachverbände mit Untergliederungen (z. B. Johanniter Unfall-Hilfe e. V.)
 - Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Bayern e. V. einschließlich seiner Untergliederungen und angeschlossener Mitgliedsorganisationen mit Untergliederungen
 - Bayerisches Rotes Kreuz einschließlich seiner Gemeinschaften und Untergliederungen

- Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Landesverband Bayern e. V. einschließlich seiner Untergliederungen
- Sozialverband VdK Bayern e. V. einschließlich seiner Untergliederungen
- Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung – Landesverband Bayern e. V. – einschließlich seiner Untergliederungen und weiteren Mitgliedsorganisationen
- Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Bayern e. V. einschließlich seiner Untergliederungen
- Donum Vitae in Bayern e. V. zur Förderung des Schutzes des menschlichen Lebens einschließlich seiner Unterorganisationen
- Anerkannte Religionsgemeinschaften sowie deren Organisationen und Einrichtungen
- Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands e. V. einschließlich seiner Untergliederungen
- Bayerischer Landesverband des Katholischen Deutschen Frauenbundes e. V. einschließlich seiner Untergliederungen
- Förder- und Unterstützungsvereine von Kindertageseinrichtungen i. S. v. Art. 2 Abs. 1 Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz – BayKiBiG (Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und Häuser für Kinder)
- Elternbeiräte von Kindertageseinrichtungen nach Art. 14 BayKiBiG, soweit der Reinertrag der Lotterien und Ausspielungen ausschließlich für Zwecke der Kindertageseinrichtungen verwendet wird.
- Förder- und Unterstützungsvereine von Schulen i. S. v. Art. 3 Abs. 1 und 2 Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG)
- Elternbeiräte von Schulen nach Art. 64 BayKiBiG, soweit der Reinertrag der Lotterien und Ausspielungen ausschließlich für Zwecke der Schulen verwendet wird.

- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Bayern einschließlich seiner Untergliederungen
- Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V., Landesgruppe Bayern, einschließlich seiner Untergliederungen sowie der Verbände des Beirats Reservistenarbeit beim Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. einschließlich deren Untergliederungen
- Rotary Clubs
- Lions Clubs
- Inner Wheel Clubs
- Zonta Clubs
- Sportvereine, die dem Bayerischen Landes-Sportverband e. V. angehören (einschließlich aller Abteilungen und Sparten)
- Wandervereine, die dem Deutschen Volkssportverband e. V. angehören
- Schießsportliche Vereine, die einem nach § 15 des Waffengesetzes anerkannten Schießsportverband angehören
- Feuerwehrvereine
- Gesangsvereine, die über ihre Verbände dem Deutschen Chorverband e. V. angehören
- Musikvereine, die über ihre Verbände dem Bayerischen Blasmusikverband e. V. angehören
- Trachtenvereine, die über ihre Verbände dem Bayerischen Trachtenverband e. V. angehören
- Faschings- und Karnevalsgesellschaften, die der Föderation Europäischer Narren Deutschland e. V. oder gegebenenfalls über ihre Verbände dem Bund Deutscher Karneval e. V. angehören
- Tierschutzvereine, die dem Deutschen Tierschutzbund – Landesverband Bayern e. V. angehören
- Bund Naturschutz in Bayern e. V. einschließlich seiner Kreis- und Ortsgruppen
- Gartenbauvereine, die dem Bayerischen Landesverband für Gartenbau und Landespflege e. V. angehören
- Landesbund für Vogelschutz in Bayern e. V. einschließlich seiner Kreis- und Ortsgruppen
- Förder- und Unterstützungsvereine für die o. g. Organisationen und Vereine

Soweit Elternbeiräte von Kindertageseinrichtungen und Schulen Lotterien und Ausspielungen veranstalten, wird nach Art. 3 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 AGGlüStV eine Ausnahme von § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GlüStV zugelassen.

2. Das Spielkapital (= Zahl der Lose x Lospreis) darf nicht mehr als 40.000 € betragen
3. Mindestens 25 % der eingenommenen Entgelte müssen in Form von Gewinnen wieder ausgeschüttet werden.
4. Der Reinertrag muss mindestens 25 % der eingenommenen Entgelte betragen. Der gesamte Reinertrag muss ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, kirchliche oder mildtätige Zwecke verwendet werden.

II. Nebenbestimmungen

Die allgemeine Erlaubnis dieser Lotterien und Ausspielungen gilt nur unter folgenden Bedingungen und Auflagen:

1. Ausspielungen mit einem Spielkapital über 650 € sowie Lotterien sind vorbehaltlich Satz 2 mindestens ein Woche vorher bei der Gemeindeverwaltung des Veranstaltungsortes anzuzeigen. Bei einem Spielkapital über 5.000 € sind Lotterien und Ausspielungen bei der Regierung Unterfranken,

Peterplatz 9, 97070 Würzburg (poststelle@reg-ufr.bayern.de) anzuzeigen.

2. Die Anzeige hat nach beigefügtem Muster zu erfolgen.
3. Der Losverkauf darf die Dauer von zwei Monaten nicht überschreiten und bei Lotterien und Ausspielungen im Zusammenhang mit Volksfesten, Schützenfesten, Jahrmärkten, Spezialmärkten, Vereinsjubiläen, Weihnachtsmärkten und ähnlichen Veranstaltungen ausschließlich während der Dauer und der Öffnungszeiten der Veranstaltung durchgeführt werden.
4. Lotterien und Ausspielungen dürfen sich nicht über den Regierungsbezirk Unterfranken hinaus erstrecken.
5. Ein Verkauf der Lose über das Internet ist nicht zulässig.
6. Auf mindestens 20 % der Lose muss ein Gewinn entfallen.
7. Die Verwaltungskosten sind so gering wie möglich zu halten und dürfen nicht mehr als 25 % der eingenommenen Entgelte betragen.
8. Lotterien und Ausspielungen dürfen nicht durch Dritte durchgeführt werden.
9. Mit der Veranstaltung der Lotterien und Ausspielungen dürfen keine wirtschaftlichen Zwecke verfolgt, insbesondere keine Wirtschaftswerbung betrieben werden.
10. Durch die Veranstaltung selbst oder durch die Verwirklichung des Veranstaltungszwecks oder die Verwendung des Reinertrags darf die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet oder die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten nicht beeinträchtigt werden.
11. Über Lotterien und Ausspielungen sind Abrechnungen nach beigefügtem Muster zu fertigen. Werden Glückshafenauspielungen auf Volksfesten, Schützenfesten, Jahrmärkten, Spezialmärkten, Weihnachtsmärkten und ähnlichen Veranstaltungen von Kreisverbänden einer Organisation durchgeführt, ist es ausreichend, wenn der jeweilige Kreisverband für alle im Kalenderjahr veranstalteten Glückshafenauspielungen eine Sammelabrechnung erstellt. Abrechnungen sind von den Verantwortlichen des Veranstalters zu unterzeichnen. Abrechnungen und Belege über Lotterien und Ausspielungen sind mindestens sechs Jahre aufzubewahren, sofern sich nicht aus steuerrechtlichen Gründen eine längere Aufbewahrungszeit ergibt.

III. Abweichungen vom Glücksspielstaatsvertrag

1. Die Teilnahme von Minderjährigen bestimmt sich nach den Vorschriften des § 6 Abs. 2 Jugendschutzgesetz (JuSchG); insofern wird nach Art. 3 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 AGGlüStV eine Abweichung von § 4 Abs. 3 Sätze 2 und 3 GlüStV zugelassen.
2. Die Gemeinde des Veranstaltungsortes und die Regierung von Unterfranken können jederzeit die Vorlage von Abrechnungen und der dazugehörigen Belege verlangen. Ohne dieses Verlangen ist die Vorlage von Abrechnungen nach Art. 3 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 AGGlüStV in Abweichung von § 15 Abs. 3 Satz 2 GlüStV nicht erforderlich.

IV. Hinweise

1. Die Befugnisse der Gemeinde des Veranstaltungsortes, die Einhaltung dieser allgemeinen Erlaubnis sowie die Bestimmungen des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland und des Ausführungsgesetzes dazu zu überwachen, bleiben unberührt.
2. Die nachträgliche Aufnahme, Änderung und Ergänzung von Nebenbestimmungen bleiben vorbehalten.
3. Ausspielungen oder Lotterien sind rechtzeitig vor Beginn beim zuständigen Finanzamt anzumelden, wenn der Gesamtpreis der Lose 650 € übersteigt. Für Veranstalter, die

ihren Wohnsitz bzw. den Ort ihrer Leitung in den Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern und Schwaben haben, ist das Finanzamt München, Abteilung Körperschaften (Katharina-von-Bora-Str. 4, 80333 München) zuständig; für Veranstalter, die ihren Wohnsitz bzw. den Ort ihrer Leitung in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Ober-, Mittel und Unterfranken haben, ist das Zentralfinanzamt Nürnberg (Thomas-Mann-Straße 50, 90471 Nürnberg) zuständig. Es ist mit dem zuständigen Finanzamt abzuklären, ob eine Lotteriesteuer anfällt.

V. Geltungsdauer

Diese allgemeine Erlaubnis tritt am 01.11.2017 in Kraft. Sie gilt bis zum 30.06.2021.

Gleichzeitig tritt die bisherige Bekanntmachung der Regierung von Unterfranken vom 10.10.2016, Az. 10-2161-30-3 (RABL 2016 S. 113) über die allgemeine Erlaubnis für öffentliche Lotterien und Ausspielungen außer Kraft.

Würzburg, 18.10.2017
Regierung von Unterfranken

Dr. Paul Beinhofer
Regierungspräsident

Apl-I 2161 RABL 2017 S. 165

Anlagen zur allgemeinen Erlaubnis für öffentliche Lotterien und Ausspielungen der Regierung von Unterfranken vom 18.10.2017

Anlage 1

Gemeinsames Formblatt zur Anzeige / Anmeldung einer Lotterie oder Ausspielung bei den Glücksspielaufsichts- und Finanzbehörden

Anlage 2

Gemeinsames Formblatt zur Abrechnung einer Lotterie oder Ausspielung zwecks Vorlage bei den Glücksspielaufsichts- und Finanzbehörden

Anlagen siehe ab Seite 168.

Anlage 1

**Gemeinsames Formblatt zur Anzeige/Anmeldung einer Lotterie oder
Auspielung bei den Glücksspielaufsichts- und Finanzbehörden**

(Stand: 19.09.2017)

Zuständige Glücksspielaufsichtsbehörde

nach Abschnitt II Nr. 1 der allgemeinen Erlaubnis der Regierung von Unterfranken

Name der Gemeinde oder der Regierung		
Straße, Haus-Nummer	Postleitzahl	Ort

Zuständiges Finanzamt

nach Abschnitt IV Nr. 3 der allgemeinen Erlaubnis der zuständigen Regierung

Name		
Straße, Haus-Nummer	Postleitzahl	Ort

Veranstalter

Name		
Straße, Haus-Nummer	Postleitzahl	Ort
verantwortliche Person		

Art der Veranstaltung

- Lotterie (ausschließliche Verlosung von Geldgewinnen)
- Auspielung (Verlosung von Sachgewinnen bzw. von Sach- und Geldgewinnen)

Angaben zur Veranstaltung

Ort oder Gebiet für den Losverkauf	Datum oder Zeitraum für den Losverkauf	
Ort der Ziehung	Datum oder Zeitraum für die Ziehung	
Zahl der geplanten Lose	Lospreis - in Euro	
geplantes Spielkapital (= Zahl der geplanten Lose x Lospreis) <table border="1" style="float: right; margin-left: 20px;"> <tr> <td>Euro</td> </tr> </table>		Euro
Euro		
geplanter Verwendungszweck des Reinertrags		

Ort, Datum

Unterschrift Veranstalter

Anlage 2

Gemeinsames Formblatt zur Abrechnung einer Lotterie oder Ausspielung zwecks Vorlage bei den Glücksspielaufsichts- und Finanzbehörden

(Stand: 19.09.2017)

Glücksspielaufsichtsbehörde

Vorlage bei der Glücksspielaufsichtsbehörde nur auf Anforderung nach Abschnitt III Nr. 2 der allgemeinen Erlaubnis der Regierung von Unterfranken

Name der Gemeinde oder der Regierung		
Straße, Haus-Nummer	Postleitzahl	Ort

Zuständiges Finanzamt

nach Abschnitt IV Nr. 3 der allgemeinen Erlaubnis der zuständigen Regierung

Name		
Straße, Haus-Nummer	Postleitzahl	Ort

Allgemeine Angaben

Veranstalter

Name		
Straße, Haus-Nummer	Postleitzahl	Ort
verantwortliche Person		

Art der Veranstaltung

- Lotterie (ausschließliche Verlosung von Geldgewinnen)
 Ausspielung (Verlosung von Sachgewinnen bzw. von Sach- und Geldgewinnen)

Ort oder Gebiet für den Losverkauf	Datum oder Zeitraum für den Losverkauf
Ort der Ziehung	Datum oder Zeitraum für die Ziehung

Umfang der Veranstaltung

Zahl der geplanten Lose	Anzahl
Lospreis	Euro
geplantes Spielkapital (= Zahl der geplanten Lose x Lospreis)	Euro
Zahl der verkauften Lose	Anzahl
Einnahmen durch Losverkauf (= Zahl der verkauften Lose x Lospreis)	Euro

Ausgespielte Gewinne

Anzahl der Geld- und Sachpreise

Summe der aus den Einnahmen bereitgestellten Geldpreise

Wert der gekauften Sachpreise

Aufwendungen für die Preise

Schätzwert der gesponserten Preise

Gesamtwert der ausgespielten Preise

Anteil der ausgespielten Preise an den Einnahmen durch Losverkauf

Verwaltungskosten

Kosten für die Herstellung der Lose

Auslosungskosten (z. B. Notar)

Kosten für den Losverkauf, Werbung

eventuell Bewirtung für ehrenamtliche Helfer

Sonstige Kosten
(bitte stichwortartig auflühren)

Summe der Verwaltungskosten

Anteil der Verwaltungskosten an den Einnahmen durch Losverkauf

Ergebnis der Lotterie oder Ausspielung

Einnahmen durch Losverkauf

./. Aufwendungen für die Preise

./. Summe der Verwaltungskosten

./. Lotteriesteuer (soweit anfallend)

Hinweis: Die Lotteriesteuer beträgt 20 % des Nennwertes sämtlicher Lose ausschließlich der Steuer, d. h. 16 ⅔ % des Bruttoverkaufspreises aller Lose, § 17 RennwLottG.

Reinertrag

Euro

Anteil des Reinertrags an den Einnahmen durch Losverkauf

in Prozent

- Der Reinertrag wird für eigene gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verwendet.
- Der Reinertrag wird für folgende gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verwendet.

Ort, Datum

Unterschrift Veranstalter

Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr

Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbandes Main-Rhön (3)

Bek vom 16.10.2017 Nr. 24-8321.3-1-5

I.

Der Regionale Planungsverband Main-Rhön hat um Veröffentlichung der nachfolgenden Bekanntmachung gebeten.

Würzburg, 16.10.2017

Regierung von Unterfranken

Heiko Brückner

Leiter des Bereiches

Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr

II.

Der Regionale Planungsverband Main-Rhön gibt bekannt, dass **am Mittwoch, 8. November 2017 um 10.00 Uhr** eine Sitzung des Planungsausschusses stattfindet.

Tagungsort:

Landratsamt Schweinfurt,

Schrammstraße 1, 97421 Schweinfurt

Sitzungssaal – Raum 100,

Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung:

1. **Abschluss einer Vereinbarung über die Kostenerstattung für das Führen der Geschäftsstelle zwischen RPV und dem Landkreis Bad Kissingen für den Zeitraum 01.01.2017 – 30.06.2020**

2. **Haushaltsangelegenheiten:**

2.1 Feststellung der Jahresrechnung 2016 und Entlastung des Verbandsvorsitzenden und der Geschäftsführung

2.2 Haushaltsplan und Erlass der Haushaltssatzung 2017

2.3 Haushaltsplan und Erlass der Haushaltssatzung 2018

3. **Sachstandsberichte zu aktuellen Themen**

3.1 Stand der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern

3.2 Fortschreibungsstand des Regionalplans Main-Rhön

3.3 Tätigkeitsbericht

4. **Sonstiges**

Bad Kissingen, den 12.10.2017

Regionaler Planungsverband Main-Rhön (3)

Landrat Thomas Bold

Verbandsvorsitzender

Apl-I 8321

RABI 2017 S. 172

Nichtamtlicher Teil

BUCHBESPRECHUNGEN

Aushangpflichtige Gesetze 2017/2018 Öffentliche Verwaltung

Auflage August 2017

254 Seiten, Buch

Preis: 14,95 Euro

ISBN 978-3-8029-1413-3

Walhalla Fachverlag, Regensburg

Vertrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Deutsche Arbeitgeber, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Arbeitsschutzgesetze an geeigneter Stelle, etwa am „schwarzen Brett“ oder beim Personalbüro, zugänglich machen, erfüllen die vom Gesetzgeber vorgegebene Fürsorgepflicht; sie vermeiden auch Geldbußen und etwaige Schadensersatzansprüche der Beschäftigten.

Reform des Mutterschutzrechts

Die aktuelle Ausgabe 2017/2018 enthält die Änderungen im Mutterschutzgesetz und in der Verordnung zum Schutze der Mütter am Arbeitsplatz, die am 30. Mai 2017 in Kraft traten, sowie das novellierte Mutterschutzgesetz, das ab 1. Januar 2018 gilt.

Weitere Informationen zur Mutterschutzreform finden Sie unter Aktuelles.

Alle wichtigen Vorschriften im Überblick

- Arbeitssicherheit
- Arbeitsschutz, Jugendarbeitsschutz

- Arbeitsstätte und Arbeitsplan, Ausstattung
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung
- Benachteiligungsverbot
- Elternzeit, Elterngeld
- Entgeltfortzahlung
- Gleichbehandlung
- Kündigungsschutz
- Mindestlohn
- Mutterschutz 2017 und ab 1.1. 2018
- Urlaub
- Unfallverhütungsvorschrift - Grundsätze der Prävention (DGUV Vorschrift 1)

Spezifische Praxisvorschriften: Enthalten sind auch die Mutterschutzverordnungen für Richterinnen und Beamtinnen von Bund, Ländern, Gemeinden und sonstigen unter Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

Ausländerrecht, Migrations- und Flüchtlingsrecht

13. aktualisierte Auflage 2007

960 Seiten, Buch

Preis: 16,95 Euro

ISBN 978-3-8029-2079-0

Aufenthalts- und Freizügigkeitsrecht: Aufenthaltsg, Aufent-

haltsVO, IntegrationskursVO, IntegrationskurstestVO, DeutschsprachfördererVO, DaueraufenthaltsRL, FreizügigkeitsG/EU, FreizügigkeitsRL, Freizügigkeitsabkommen EG-Schweiz, AusländerzentralregisterG mit DurchführungsVO, Visa-WarndateiG

Asylrecht und Internationaler Schutz: Genfer Konvention, EU-AufnahmeRL, QualifikationsRL, AsylverfahrensRL, Dublin-III-VO, AsylzuständigkeitsbestimmungsVO, AsylG, AnkunftsnachweisVO, Asylbewerberleistungsg, RL Arbeitsmarktprogramm, Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen

Staatsangehörigkeitsrecht: StaatsangehörigkeitsG, Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit und Rechtstellung Heimatloser, BundesvertriebenenG, EinbürgerungstestVO

Schengen-Recht: Neugefasster Schengener Grenzkodex mit Durchführungsübereinkommen, Übertrittsgenehmigung kleiner Grenzverkehr, RückführungsRL

EU-Visarecht: EU-VisumVO, Visum für den längerfristigen Aufenthalt, EU-Visakodex

Neuerungen seit der letzten Ausgabe

- Kinder- und Jugendstärkungsgesetz
- Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen
- Gesetz zur Förderung des elektronischen Identitätsnachweises
- Gesetz zur Förderung der Sachaufklärung in der Verwaltungsvollstreckung
- Gesetz zur Änderung gebührenrechtlicher Regelungen im Aufenthaltsrecht
- Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht
- Gesetz zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen
- Gesetz zu bereichsspezifischen Regelungen der Gesichtshüllung und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften
- Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zur Arbeitsmigration
- Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung
- Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch
- Sechzehnte Verordnung zur Änderung der Aufenthaltsverordnung
- Verordnung zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zur Arbeitsmigration
- Dritte Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung
- Verordnung (EU) 2017/458 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/399 (= Schengener Grenzkodex) hinsichtlich einer verstärkten Abfrage von einschlägigen Datenbanken an den Außengrenzen
- Verordnung (EU) 2017/850 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie die Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (Ukraine).

Ecker

Kommunalabgaben in Bayern

Systematische Darstellung

58. Aktualisierungslieferung

Stand: 1. August 2017

Preis: 88,09 Euro

Verlagsgruppe Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Mit dieser Lieferung werden die Ausführungen und Kommentierungen zu den Realsteuern (Kz. 31.00), zum Erschließungsbeitrag (Kz. 43.00), zum Straßenausbaubeitrag (Kz. 44.00), zum Festsetzungsverfahren (Kz. 82.00), zum Erhebungsverfahren (Kz. 83.00) und zum Vollstreckungsverfahren (Kz. 84.00) auf den neuesten Stand der Rechtsprechung und Literatur gebracht.

Nitsche/Baumann/Mühlfeld

Satzungen zur Wasserversorgung mit Abgabenregelungen

Kommentierte Ausgabe

55. Aktualisierungslieferung

Stand: März 2017

Preis: 130,21 Euro

Verlagsgruppe Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Mit der 55. Ergänzungslieferung wurde die Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz unter Kennzahl 59.89 aufgenommen und anhand eines Berechnungsmusters die Ermittlung von Grundgebühren dargestellt, siehe Kennzahl 50.20. Im Übrigen werden die Erläuterungen der bis März 2017 ergangenen und veröffentlichten Rechtsprechung angepasst und entsprechend aktualisiert oder ergänzt.

Hinzuweisen ist dabei insbesondere auf folgende Inhalte und Erläuterungen:

- Grundsätze für die Kosten von Wasserdienstleistungen und Wassernutzungen: Erl. 10.01/15
- Zum Anspruch auf Anschluss an die Wasserversorgungseinrichtung bei nachträglicher Aufteilung eines Grundstückes: Erl. 10.09/3
- Zur Entstehung einer neuen Einrichtung bei grundlegender Umgestaltung bzw. Erneuerung: Erl. 20.01/11a
- Zur haushaltsrechtlichen Behandlung von Mehreinnahmen aus Kostenüberdeckungen, für die Abschreibungserlöse aus zuwendungsfinanziertem Anlagevermögen und auf Wiederbeschaffungszeitwerte - Bildung von Sonderrücklagen (Erl. 20.09/8b/ff).

Schenk

Haushaltsstellen und Konten in der Kommunalverwaltung

31. Ergänzungslieferung

Stand: 01. August 2017

Preis: 90,68 Euro

Verlagsgruppe Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Nachdem für das kaufmännische Rechnungswesen durch die IM-Bek vom 24.08.2016, geändert durch die IM-Bek vom 16.03.2017, der Produktrahmen und der Kontenrahmen veröffentlicht wurden, enthält die nunmehrige Lieferung die Neubearbeitung der Buchstaben A bis M des Stichwort-ABC im Teil 6. Die Neubearbeitung der Buchstaben N bis Z ist für die 32. Lieferung vorgesehen.

Schwenk/Frey

Finanzrecht der Kommunen I

Kommentar

173. Ergänzungslieferung

Stand: 01. Mai 2017

Preis: 212,75 Euro

Verlagsgruppe Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Mit der 173. Lieferung werden Vorschriften des FAG, Statistikdaten und Arbeitsgrundlagen wie z.B. die Aufstellung und der Vollzug der Haushaltsplanung 2017 (IMBek) aktualisiert. Ferner sind die ZuVoKommPrR und ZuVoKommKR (hier vom Umfang her der 1. Teil) enthalten. Hier sind bereits die Änderungen der IMBek vom 16.03.2017 eingearbeitet.

Schwenk/Frey

Finanzrecht der Kommunen I

Kommentar

174. Ergänzungslieferung

Stand: 01. Juni 2017

Preis: 62,02 Euro

Verlagsgruppe Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Die 174. Lieferung enthält die Ergebnisse der Steuerschätzung Mai 2017 sowie die Änderungen bei den „Zuordnungsvorschriften zum Kommunalen Kontenrahmen Bayern“ durch die IMBek vom 16.03.2017.

Schwenk

Haushaltsstellen und Konten in der Kommunalverwaltung

32. Ergänzungslieferung

Stand: 15. August 2017

Preis: 73,44 Euro

Verlagsgruppe Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Mit dieser Lieferung wird die Neubearbeitung des Stichwort-ABC im Teil 6 abgeschlossen. Die Sammlung wird hiermit auf den aktuellen Rechtsstand gebracht.

Herausgeber: Bundesverband Medizintechnologie e.V. (BVMed)

EU-Medizinprodukte-Verordnung

Stand: April 2017

ca. 454 Seiten

Preis: 7,20 Euro

ISBN 978-3-9812376-8-9

BVMed-Bundesverband Medizintechnologie e.V.

In diesem Taschenbuch finden Sie den Abdruck der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 12223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates.

Born - Carl - Schneider

Fachkunde Gefahrstoffe

Wissen, Grundlagen und Tipps für die Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung nach TRGS 400

Stand 2017

208 Seiten Softcover

Preis: 34,99 Euro

ISBN 978-3-609-69183-1

Verlagsgruppe ecomed Sicherheit

Wer eine Gefährdungsbeurteilung für Tätigkeiten mit Gefahrstoffen erstellt, muss nach der Gefahrstoffverordnung fachkundig sein. Gefordert sind ausreichende Kenntnisse über die gefährlichen Eigenschaften der verwendeten Gefahrstoffe, über die Arbeitsabläufe und die auszuübenden Tätigkeiten sowie über die relevanten Vorschriften. Mit diesem Wissen sollen die Arbeitsbedingungen beurteilt sowie die notwendigen Schutzmaßnahmen für eine Tätigkeit festgelegt und bewertet werden.

Was aber sind „ausreichende Kenntnisse“ angesichts tausender Gefahrstoffe und unterschiedlichster Tätigkeiten? An dieser Stelle bleibt der Ordnungsgeber vage und trifft keine konkreten Aussagen. Hier hilft die neue „**Fachkunde Gefahrstoffe**“ weiter. Die Autoren haben die grundlegenden Informationen zusammengestellt, die ein Fachkundiger zur Erstellung der Gefährdungsbeurteilung nach TRGS 400 unbedingt braucht - unabhängig von Branche und zu beurteilender Tätigkeit.

Die „**Fachkunde Gefahrstoffe**“ vermittelt ganz konkret und mit vielen Beispielen aus der Praxis die zentralen Wissenskomponenten, die für die Gefährdungsbeurteilung bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen benötigt werden. Themen sind u.a. das Sicherheitsdatenblatt als Informationsquelle für die Gefährdungsbeurteilung, die richtige Lesart von sicherheitstechnischen Kennzahlen, der Brand- und Explosionsschutz, die Bestimmung und Begrenzung von Gefahrstoffen in der Luft, das Vorgehen bei der Substitutionsprüfung, die Festlegung von Schutzmaßnahmen und die arbeitsmedizinische Vorsorge.

Kaufung

Tätigkeitsbewertung nach TVöD und TV-L

Eingruppierung - Bewertungsverfahren - Stellenbeschreibung

2. Auflage 2017

80 Seiten

Preis: 35,00 Euro

ISBN 987-3-415-06030-2

Richard Boorberg Verlag

Aus dem Inhalt:

- Tarifrrechtliche Grundlagen
- Die drei Geheimnisse der Tätigkeitsbewertung
- Die Systematik der Tätigkeitsmerkmale
- Die Schritte im Bewertungsverfahren

Im Anhang findet der Nutzer unter anderem:

- Aufbau der Entgeltordnung
- Vergleich der Entgeltgruppen des allgemeinen Teils mit den früheren Vergütungsgruppen des BAT
- Checkliste für die Durchführung eines Arbeitsplatzinterviews
- Checkliste zur Feststellung von Arbeitsvorgängen
- Zusammenstellung der Tätigkeitsmerkmale und der wichtigsten Rechtsprechung
- Formular zur Tätigkeitsdarstellung

Felfe

Mitarbeiterführung - Praxis der Personalpsychologie Band 20

Erschienen 2009

104 Seiten

Bestell-Nr. 302082

Preis: 24,95 Euro

ISBN 978-3-810-2082-7

Hogrefe Verlag

Ob für die Entwicklung von Führungskräften, die Auswahl und Förderung des Führungsnachwuchses oder für den operativen Führungsalltag, bei all diesen Aufgaben und Herausforderungen benötigten Personalverantwortliche und Führungskräfte Theorien, Konzepte und Modelle der Mitarbeiterführung als Grundlage für die Entwicklung ihrer Maßnahmen und als Orientierung für das eigene Verhalten. Dabei stellt sich immer wieder die Frage nach erfolgreicher und effizienter Führung.

Der vorliegende Band bietet vor allem wissenschaftlich interessierten Praktikern einen kompakten Überblick über die wesentlichen Theorien und Modelle der Mitarbeiterführung, um konkrete Maßnahmen sowie deren Nutzen für die Praxis besser verstehen, einordnen und bewerten zu können. In kurzer und übersichtlicher Form erhält der Leser zudem einen Einblick in die wesentlichen Techniken und Instrumente, die sich im Führungsalltag als nützlich und unerlässlich erwiesen haben.

Reisach

Kommunikation und Integration

Handbuch für Akteurinnen und Akteure in der Flüchtlingshilfe

Auflage 2017

270 Seiten

Preis: 29,80 Euro

ISBN 978-3-9817-6744-5

Achter Verlag

Das Buch „Kommunikation und Integration - Handbuch für Akteurinnen und Akteure in der Flüchtlingshilfe“ behandelt die kommunikative Seite der Integration. Es zeigt Besonderheiten der Sprache, der Mediennutzung und der Kultur in den Herkunftsländern und vergleicht diese mit Deutschland, um so ein besseres Verständnis für die Rahmenbedingungen und Herausforderungen der Integrations- und Kommunikationsarbeit zu schaffen. Aufbauend darauf werden die Ergebnisse einer strukturierten Untersuchung bestehender Informationsmedien in Deutschland sowie klassischer Zielländer dargestellt. Praxisbeispiele und Tipps zeigen, wie Alltagsprobleme durch den Einsatz moderner Informationsmedien konstruktiv gelöst werden können. Tabellenübersichten ergänzen die Darstellung. Sie zeigen in strukturierter Form

1. bestehende Informationsquellen in Deutschland und in anderen Zielländern Geflüchteter,
2. Inhalte und Nutzwert/Gebrauchstauglichkeit der Informationsquellen für Geflüchtete und Migranten, sowie für Akteurinnen und Akteure der Flüchtlingsarbeit,
3. deren mögliche Verwendbarkeit für ein zentrales Informationsportal in Deutschland.
4. wo zusätzlicher Informationsbedarf besteht und welche Kommunikationsformen dafür geeignet sind,
5. inwieweit bestehende Medien in Deutschland hilfreich oder

verbesserungsfähig sind und

6. wie zusätzliche Inhalte oder Darstellungsformen, z.B. Apps, Kurzfilme oder Spiele, das bestehende Angebot erweitern können.

Bauer/Böhle/Ecker

Bayerische Kommunalgesetze

Gemeindeordnung - Landkreisordnung - Bezirksordnung

Kommentar

4. Auflage 2017 einschl. Ordner, incl. 103. Ergänzungslieferung
ca. 2150 Seiten

Preis: 78,00 Euro

ISBN 978-3-415-02736-7

Richard Boorberg Verlag

Seit über 50 Jahren nimmt dieser Kommentar eine herausragende Stellung beim Fachpublikum ein. Der Benutzer verfügt über ein Werk, das die Erläuterungen der drei kommunalen „Grundgesetze“ Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Bezirksordnung in nur einem Band zusammengefasst. Die trotz ihrer Kürze umfassenden und kompetenten Erläuterungen sind konsequent auf die Bedürfnisse von Praxis und Ausbildung ausgerichtet.

Die Ergänzung enthält unter Berücksichtigung neuer Gesetze, Rechtsprechung und Literatur Aktualisierungen insbesondere des Kommentars zur Gemeindeordnung, u.a. in den Bereichen Wesen und Aufgaben der Gemeinden, Gemeindegebiet und gemeindefreies Gebiet, Rechte und Pflichten der Gemeindeangehörigen, Gemeindehoheit, Haushaltswirtschaft, Gemeindliche Unternehmen, Kassen- und Rechnungswesen.

Im Gesetzeswortlaut der Gemeindeordnung sowie im Vorschriftenenteil Anhang GO seien insbesondere Aktualisierungen durch das Bayerische Integrationsgesetz vom 13.12.2016 und das KAG-Änderungsgesetz vom 13.12.2016 erwähnt.

Bedane/Apfelbeck

Leitsatzsammlung zum bayerischen Kommunalabgabenrecht

2. Auflage 2017

mit 2 Ordnern

ca. 2470 Seiten

Preis: 86,00 Euro

ISBN 978-3-415-02742-8

Die Leitsatzsammlung erschließt aktuell, übersichtlich und schnell die Rechtsprechung zum gesamten bayerischen Kommunalabgabenrecht, insbesondere auch durch die Aufnahme einer Vielzahl nichtamtlicher Leitsätze.

Der Aufbau des Werks entspricht demjenigen des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes, sodass die Sammlung wie ein Kommentar zu nutzen ist. Bei der schnellen Suche nach der einschlägigen Entscheidung oder nach der in einer Entscheidung erörterten Rechtsfrage helfen zuverlässig die dem Werk vorangestellten Kennzahlenübersichten, die chronologische Übersicht über alle erfassten Entscheidungen, jeweils mit Angabe von Aktenzeichen und Kennzahl, sowie das detaillierte Stichwortverzeichnis.

Anmerkungen und Fundstellenangaben sowie zahlreiche Verweisungen auf vergleichbare oder entgegengesetzte Entscheidungen runden die Leitsätze ab.

Hartmann

Wohngeld-Leitfaden 2017/2018

Die Schwerpunkte der Wohngeldentscheidung

10. Auflage

August 2017

ca. 460 Seiten

Preis: 44,50 Euro

ISBN 978-3-87941-957-3

vhw Verlag Dienstleistung GmbH

Der bei allen Wohngeldbehörden eingeführte, bewährte Leitfaden zum Wohngeld erscheint im **August 2017** in der 10. Auflage und erläutert das Wohngeldrecht **umfassend**. Die **Reform 2016** hat zu einer weitgehenden Änderung des Wohngeldgesetzes geführt; auch die Wohngeldverordnung ist angepasst worden. Die neue, **im Juli 2017 bekanntgegebene Wohngeld-Verwaltungsvorschrift** ist umfassend eingearbeitet.

Sämtliche Rechtsänderungen sind im Leitfaden berücksichtigt. Ausführlich werden Inhalt und Konsequenzen der neuen Vorschriften behandelt. Ausgebaut sind u.a. die **Einkommensermittlung** und Fragen der missbräuchlichen Inanspruchnahme. Neu aufgenommen ist ein Kapitel zum **Erstattungsrecht** zwischen den Leistungsträgern. Eingehend verarbeitet sind insbesondere die **aktuelle Rechtsprechung** und die Rechtsetzung außerhalb des Wohngeldrechts. Weiter ausgebaut und vertieft ist der Einkommenskatalog.

Der Leitfaden behandelt damit alle wichtigen Arbeitsvorgänge der Wohngeldpraxis **von der Antragsannahme** und Einkommensermittlung über die Bewilligung oder Versagung **bis zur Aufhebung** des Wohngeldbescheides und zur Erstattung. Zahlreiche Beispiele erleichtern die Arbeit ebenso wie der **Einkommenskatalog** und ein umfassendes **Stichwortverzeichnis**, das die Nutzer des Fachbuchs zu ihren speziellen Fragen führt.

Die ausführlichen Erläuterungen bieten damit allen mit dem Wohngeld Befassten eine fundierte Orientierung für die tägliche Arbeit.

Ruge/Krömer/Pawlak/Rabe v. Pappenheim

Lexikon Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst 2017

mit Tarifeinigung der Länder 2017

10. Auflage 2017

596 Seiten

Preis: 49,99 Euro

ISBN 978-3-8073-2593-4

Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm

Das Lexikon Arbeitsrecht behandelt alle für die tägliche Praxis relevanten arbeitsrechtlichen Fragestellungen.

Jedes Schlagwort wird anschaulich mit Beispielen, Checklisten und Musterverträgen erläutert, die zudem auch online für die eigene Textverarbeitung abgerufen werden können. Sie bieten Sachbearbeitern wie auch Entscheidungsträgern im Personalbereich spezifische, exakt auf den Arbeitsbereich abgestimmte Unterstützung. In einem Webinar informiert ein erfahrener Fachanwalt für Arbeitsrecht über die aktuellen Änderungen und gibt praktische Tipps und Handlungsanleitungen.

von Pappenheim

Lexikon Arbeitsrecht

Ausgabe 2017

Kommentar

17. Auflage

516 Seiten, Softcover

Stand: Januar 2017

Preis: 49,99 Euro

ISBN 978-3-8073-2592-7

Hüthig Jehle Rehm Verlag GmbH

Das Lexikon Arbeitsrecht behandelt alle für die tägliche Praxis relevanten arbeitsrechtlichen Fragestellungen.

Jedes Schlagwort wird anschaulich und in einer auch für Nicht-Juristen verständlichen Sprache mit Beispielen, Checklisten und Musterverträgen erläutert, die zudem auch online für die eigene Textverarbeitung abgerufen werden können.

So bietet das Lexikon Sachbearbeitern wie auch Entscheidungsträgern im Personalbereich spezifische, exakt auf den Arbeitsbereich abgestimmte Unterstützung.

Das Lexikon erscheint jährlich neu. Das kompetente Autorenteam, das sich aus praxiserfahrenen Spezialisten verschiedener arbeits- und sozialrechtlicher Betätigungsfelder zusammensetzt, berücksichtigt jeweils die aktuellen Änderungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung. Der Schwerpunkt der Wissensvermittlung liegt hierbei auf der praxisnahen Unterstützung bei der Klärung arbeitsrechtlicher Fragen sowie der Umsetzung von Personalmaßnahmen.

Ein Online Seminar, das im Preis inbegriffen ist, vermittelt in knapp 1,5 Stunden einen Überblick über die wichtigsten Neuerungen.